

# Rückkehr und Aufbruch

Andrea Caroni

Eine feierliche, intensive und nahezu magische Mischung aus Rückkehr und Aufbruch: So lässt sich die jüngste Wintersession im Ständerat beschreiben. Rückkehr, weil wir über 20 Wiedergewählten uns als «Bisherige» (für mich eine Premiere in einem Rat) im Stöckli wiedersahen. Aufbruch, weil über 20 Neugewählte dem Rat ein völlig neues Gesicht geben. Feierlich, weil der Ständerat sich neu vereidigte und später Bundesräte und Ratspräsidien gefeiert wurden. Intensiv, weil nebst vielen grossen Geschäften auch noch all die «Ämtli» im Rat verteilt werden mussten. Und – zumindest für mich – magisch, wegen all der vielen neuen Bekanntschaften, der alten Freundschaften und der grossen Freude, weiterhin für den Stand Ausserrhoden im Bundeshaus wirken zu dürfen.

## Der neue «Ämtliplan» im Ständerat

Ich bin glücklich, wie die Aufgaben im Rat und in den Kommissionen verteilt wurden. Im Ständerat ist es ein grosser Vorteil, wenn man schon früher dabei war, denn fast alles wird nach Amtsalter (und natürlich auch nach Interesse und Arbeitsfreude) verteilt. Der Rat vertraute mir gleich zwei Präsidien an, das der staatspolitischen Kommission und das der Gerichtskommission. Daneben sitze ich weiterhin in der Rechtskommission und neu auch in der ausserpolitischen Kommission. Weiterhin bin ich ständiger Ersatz in der Wirtschaftskommission und Mitglied der Interparlamentarischen Union, wo ich auch in der Menschenrechtskommission arbeite. Dazu kommen meine bisherigen Aufgaben in Parteipräsidium und Fraktionsvorstand. Noch viel bedeutungsvoller als unser parlamentarischer «Ämtliplan» aber war die Gesamterneuerungswahl des Bundesrates. Ich mache gerne transparent, dass ich alle sieben bisherigen Bundesräte wiedergewählt habe, wie das auch die Vereinigte Bundesversammlung tat. Damit haben wir die seit 1959 bestehende Zauberformel gewahrt. Ob man diese dereinst anpassen muss, können wir nun in Ruhe diskutieren.

Neben all diesen Personalien führten wir auch harte Debatten zu vielen grossen Sachgeschäften. Zwei davon sind bereits reif für die Urne: Es ist dies zum einen die Begrenzungs-Initiative, welche die Personenfreizügigkeit (und damit verbunden die ganzen Bilateralen I) kündigen will; der Ständerat lehnt sie klar ab, nicht einmal alle SVP-Vertreter hiessen sie gut. Zum andern ist dies der Beschluss, neue Kampfflugzeuge zu kaufen. Dieser Beschluss war klar, umstritten waren aber die sogenannten Kompensationsgeschäfte. Ich bin froh, konnte sich Bundesrätin Amherd durchsetzen und verhindern, dass dieser Kauf wegen zu hoher Kompen-

sationspflichten unnötig verteuert wurde.

Im Ständerat berieten wir zwei weitere Initiativen, die allerdings zuerst noch in den Nationalrat gehen. Die Transparenz-Initiative will die Finanzierung von Parteien, Wahlen und Abstimmungen offenlegen. Ich bin grundsätzlich ein grosser Freund von politischer Transparenz. Vor allem bei Abstimmungskampagnen. Aber ich befürchte, dass der Informationsgewinn klein sein wird, die Systemlücken und der Bürokratieaufwand aber gross. Immerhin kamen verschiedene meiner Anträge für einen verbesserten Gegenvorschlag durch.

Zur Konzernverantwortungs-Initiative habe ich mich als Kommissionsmitglied für einen Gegenvorschlag stark gemacht, der statt Haftung vielmehr auf Berichterstattung setzt. Damit leisten wir einen Beitrag für den Schutz von Umwelt und Menschenrechten, bleiben aber im Einklang mit vergleichbaren europäischen Ländern.

Weiter berieten wir ein Gesetz zum Schutz von sogenannten Whistleblowern, also Arbeitnehmern, die auf Missstände in der Unternehmung aufmerksam machen. Wir haben hier – nach 16 (!) Jahren – eine ausgewogene, klare Regel gefunden. Leider wird sie es im Nationalrat dennoch nicht einfach haben. Eine weitere bedeutungsvolle Neuerung war ein besserer finanziel-

ler Schutz von Menschen, die Angehörige betreuen. Zwar stimme ich nicht allzu oft zu, wenn unser schon starker Sozialstaat weiter ausgebaut werden soll – für Eltern schwerkranker Kinder habe ich aber aus Überzeugung eine Ausnahme gemacht.

## Einen fairen Zugang zu geschlossenen Märkten

Der Ständerat hat auch noch zwei Postulate von mir überweisen. Der Bundesrat muss nun einen Bericht machen zur Frage, wo das Bundesrecht Männer und Frauen verschieden behandelt. Sodann muss er zur Frage berichten, wie man unseren Unternehmen noch besser garantieren kann, dass sie einen fairen Zugang zu geschlossenen Märkten haben, wenn der Staat auf einem Markt nur eine beschränkte Zahl von Anbietern zulässt (zum Beispiel bei Taxiständen, Kaminfegermonopolen, Spitex-Leistungsaufträgen). Auch debattierte der Rat eine Interpellation von mir, in der ich vom Bundesrat wissen wollte, wann er wieder einmal einen Versuch für eine Vereinfachung des Bürokratiemonsters Mehrwertsteuer macht. Die ermutigende Antwort: Wohl nie mehr. Sodann reichte ich ein neues Postulat ein, um eine bessere Balance zwischen den Rechten und Pflichten von Bauherren und Subunternehmern zu erreichen, damit erstere sich besser vor Doppelzahlungen wegen Bauhandwerkerpfandrechte schützen können.

Krönender Abschluss der Session war die Feier für Ständeratspräsident Stöckli und der gewählten Bundespräsidentin Sommaruga, zu deren Ehren ich wiederum die Bundeshaus-Band organisierte. Augenzwinkernd spielten wir das weltbekannte Stück «Volare», was Bundesrätin und Umweltministerin Sommaruga erfreute, denn das Fliegen wäre vollständig CO<sub>2</sub>-neutral, wenn man, wie im Lied, vom Fliegen stets nur träumte.



Andrea Caroni, FDP-Ständerat AR Bild: Keystone

# Kontinuität und neue Akzente

David Zuberbühler

Mit einem feierlichen Auftakt hat die neue Legislatur begonnen – die 51. seit der Gründung des modernen Bundesstaates. Jedes Ratsmitglied musste den Eid oder das Gelübde ablegen. Hätte sich einer der 200 Nationalräte geweigert, dann hätte jenes Mitglied der grossen Kammer auf sein Amt verzichten müssen. Ich habe mich für den Eid entschieden und vor Gott dem Allmächtigen geschworen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen. Nach dem kurzen, aber sehr intensiven Wahlkampf freue ich mich richtig darauf, mich mit viel Engagement auch in den vier nächsten Jahren für Appenzell Ausserrhoden und für unsere Schweiz einzusetzen.

Fast kein anderer Anlass lockt so viele vor den Fernseher. Und kein anderer lockt dermassen viele Journalisten ins Bundeshaus. Die Bundesratswahlen waren deshalb wieder ein besonderes Highlight, auch wenn nicht wirklich mit grossen Überraschungen zu rechnen war. Die Vereinigte Bundesversammlung bestätigte in der zweiten Sessionswoche sämtliche Mitglieder des Bundesrats in ihrem Amt. Kampfkandidatin Regula Rytz von den Grünen hatte keine Chance. Das Parlament setzte auf Kontinuität, wird sich aber wohl künftig der Diskussion der Zauberformel stellen müssen. Insbesondere dann, wenn die Grünen ihr Resultat in vier Jahren bestätigen können.

Zu den bedeutendsten Geschäften der Wintersession gehörte das Budget 2020. Für das nächste Jahr budgetiert der Bund einen Überschuss von rund 344 Millionen Franken. Der Voranschlag hatte Ausgaben von 75,231 Milliarden Franken und Einnahmen von 75,666 Milliarden Franken vorgesehen. Gerechnet wurde mit einem Überschuss von rund 435 Millionen Franken. Das neugewählte

Parlament meinte hingegen, sich über die alte Weisheit «Sparsare in der Zeit, so hast du in der Not» hinwegsetzen zu müssen. Die dank der guten Wirtschaftslage sprudelnden Steuereinnahmen verlockten dazu, das Bundesbudget gar noch weiter aufzustocken. Ärgerlich ist auch, dass nicht nur die Anzahl der Bundesangestellten ungebremst weiterwächst, auch deren Löhne werden angehoben, obwohl viele in der Privatwirtschaft erneut mit keiner Erhöhung rechnen dürfen. Wussten Sie, dass der durchschnittliche Nettolohn der über 37 000 Bundesangestellten fast 123 000 Franken pro Jahr beträgt? Und: Während die Ausgaben des Bundes 1990 noch rund 30 Milliarden Franken betragen, so steigen diese bis 2023 auf rund 80 Milliarden Franken an – dies entspricht einer Zunahme von 151 Prozent. Immerhin wird für 2020 mit einem Rückgang der Bruttoschulden von neu 93,7 Milliarden gerechnet.

## Die Kampfflugzeuge sind in die Jahre gekommen

Die Auftrags Erfüllung unserer Armee und damit die Unabhängigkeit unseres Landes und die Freiheit sowie Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer können absehbar nicht mehr garantiert werden. Grund sind unsere in die Jahre gekommenen Kampfflugzeuge. Die F/A-18 sind seit 1997 im Einsatz, die Tiger sogar seit 1978. Auch die ver-



David Zuberbühler, SVP-Nationalrat AR Bild: Keystone

schiedenen Flugabwehrsysteme stammen aus den 70er- und 80er-Jahren und müssen bis 2030 zwingend ersetzt werden. National- und Ständerat sprachen sich deshalb für einen Kredit über sechs Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aus. Damit setzt die noch immer bürgerliche Mehrheit im Parlament ein klares Zeichen, dass die Schweiz auch künftig eine angemessen ausgerüstete Luftwaffe für den Schutz vor Bedrohungen aus der Luft haben soll. Der Betrag wird zu 60 Prozent über sogenannte Offsetgeschäfte, das heisst mittels Aufträge für Firmen im Inland, kompensiert.

Seit Jahren steigen die Zahlen an Militärdienstpflichtigen, die der Armee den Rücken kehren. Gleichzeitig hat die Armee grosse Mühe, ihre Einheiten mit genügend Personal zu bestücken. Nach dem Ständerat stimmte deshalb auch der Nationalrat den vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zu, um den Zivildienst gegenüber dem Militärdienst unattraktiver zu machen. Für die SVP-Fraktion habe ich mich als Sprecher ins Zeug gelegt. Schliesslich will ich, dass der Zivildienst wieder zu einem zivilen Ersatzdienst für diejenigen werden soll, die tatsächlich aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten und dies auch schlüssig darlegen können.

Kaum sind die Wahlen vorbei, sind die Hemmungen, die Kohäsionsmilliarde zu genehmigen, verschwunden. Das Parlament genehmigte die 1,3 Milliarden Franken unter der Voraussetzung, dass die EU die Schweizer Börse wieder als gleichwertig anerkennt. Dafür trat der Nationalrat nicht auf den Vorschlag des Bundesrates ein, mit dem dieser das Bauen ausserhalb der Bauzonen regulieren wollte.

Mehrere Kantone kennen bereits ein Verbot, das Gesicht zu verhüllen, um gegen Chaoten und fundamentalistisch-religiöse Strömungen vorzugehen. Eine eidgenössische Volksinitiative verlangt ein schweizweites Verbot. Doch anstatt der Initiative zuzustimmen und damit die liberale Gesellschaftsordnung der Schweiz zu verteidigen, verabschiedeten Bundesrat und Parlament einen unangenehmen Gegenvorschlag. So soll lediglich eine Pflicht ins Gesetz geschrieben werden, dass das Gesicht gezeigt werden soll, wer sich gegenüber Behörden identifizieren muss. Auch in der Drogenpolitik setzt der nach links gerückte Nationalrat Akzente. Mittels eines sogenannten Experimentierartikels soll der Bund die versuchsweise Abgabe von Cannabis bewilligen können. Last but not least: Weil der Sold für Armeeangehörige letztmals 1987 angepasst wurde und sich seither die Kaufkraft massgeblich verändert hat, habe ich einen Vorstoss eingereicht, der den Bundesrat beauftragt, den Sold für Angehörige der Armee an die Kaufkraft anzupassen und regelmässig zu überprüfen.



Während der Wintersession weihnachtete es auch im Bundeshaus.

Bild: Anthony Anex/Keystone